

"Öffnung und Grenzen" in Die Welt (30. März 1998)

Quelle: Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. 31.03.1998. Hamburg: Die Welt. "Öffnung und Grenzen", auteur:Middel, Andreas , p. 4.

Urheberrecht: (c) Die Welt

URL: http://www.cvce.eu/obj/offnung_und_grenzen_in_die_welt_30_marz_1998-de-76434dc5-258c-4ba7-8015-67f0bd7af2e3.html

Publication date: 02/12/2013

Öffnung und Grenzen

Andreas MIDDEL

Der Alte Kontinent Europa ist in Bewegung. Am ersten Maiwochenende werden die Staats- und Regierungschefs der 15 Länder der Europäischen Union (EU) die Währungsunion endgültig auf den Weg bringen und damit die monetäre Union zumindest auf dem Kontinent festschreiben. Soeben geben die Außenminister den Startschuß für ein Projekt, das die EU in einem Maße verändern wird, das sich heute noch gar nicht abschätzen läßt: Gleich zehn Länder aus Mittel- und Osteuropa wollen Mitglied im bisherigen Klub der 15 werden. Und daneben rechnet die von den Gegensätzen zwischen Türken und Griechen geprägte Insel Zypern mit Aufnahme.

Gleichgültig, wie schnell sich die EU den Bewerbern öffnet, sie wird nach der Jahrtausendwende nicht mehr das sein, an das sich die Menschen bislang mehr schlecht als recht gewöhnt haben. Die Architekten der Osterweiterung, allen voran Deutschland, betonen immer wieder, daß das europäische Haus gebaut werde. Richtig ist, daß mit der jetzt eingeleiteten Erweiterung die widernatürliche Spaltung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden wird. Hart war die Trennung vor allem für jene Länder, die jetzt über einen Beitritt verhandeln, denn sie trifft an der mehr als 40jährigen Teilung Europas keine Schuld. Ihr Wunsch, sich so schnell wie möglich der großen EU anzuschließen, ist verständlich. Dennoch tut die alte EU gut daran, übergroße Erwartungen zu dämpfen. Fast zehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist keines der Länder wirklich reif für die Aufnahme in den exklusiven EU-Klub. Die Aufnahmebedingungen sind hart und für jeden gleichermaßen bindend. In Kopenhagen sind sie klar formuliert. Und Abstriche daran wird die EU nicht hinnehmen. Von daher ist die Verhandlungsmasse der Bewerber denkbar gering. Friß, Vogel, oder stirb, lautet die Devise. Der gemeinsame Besitzstand der EU ist die Meßlatte für die Mitgliedschaft im Klub. In Amsterdam hat die 15er Union noch einmal unmißverständlich klargemacht, daß sie bei allen Mitgliedern, vor allem aber bei den neuen, genau auf die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen achten wird. Andernfalls droht der Hinauswurf aus der EU.

Sowenig die Beitrittsaspiranten zur Zeit den richtigen Reifegrad für die EU erreicht haben, sowenig ist allerdings auch die Union selbst fit für die Osterweiterung. Sie arbeitet und verwaltet sich selbst noch in einem Rahmen, der ursprünglich einmal für sechs Mitglieder ausgerichtet war. Frankreichs Außenminister Hubert Vedrine hat dies gestern noch einmal und zu Recht betont. Schon mit den bisherigen 15 Mitgliedern stößt die EU an die Grenzen ihrer Arbeitsfähigkeit.

Ungeklärt ist trotz mehrjähriger Anläufe, wie künftig die Stimmen der einzelnen Länder gewichtet werden sollen. Wie will es die EU künftig mit Mehrheitsentscheidungen in wichtigen Fragen halten? Soll auch nach der Osterweiterung jedem Land das Anrecht auf einen eigenen Kommissar verbrieft werden? Wie überhaupt will man den Ansturm der neuen Mitglieder finanziell bewältigen? Bislang ist man diesen Fragen aus dem Weg gegangen und hat auf Zeit gespielt. Doch die wird mit der anstehenden Vergrößerung knapp.

Trotz der jetzt in die Wege geleiteten Reformvorhaben Währungsunion und Osterweiterung präsentiert sich die 15er Gemeinschaft nicht gerade als ein Klub, der freudig Reformen entgegenseht. Der Streit um die von der EU-Kommission vorgestellten Reformpläne im Rahmen der „Agenda 2000“ geben dafür ein beredtes Beispiel. Keiner, auch Deutschland nicht, will auf Besitzstände verzichten. Die Landwirtschaftspolitik soll möglichst so bleiben, wie sie ist, auch wenn längst klar ist, daß das bisherige System, auf die stark agrarisch geprägten Länder Ost- und Mitteleuropas angewandt, die gesamte Finanzierung sprengen würde. Gleiches gilt für die üppig fließenden Struktur- und Regionalhilfen der EU. Kaum wird bekannt, daß eine Region künftig aus der Förderung herausfallen soll, gibt es einen Aufschrei, gleich laut, ob aus Spanien oder Deutschland.

Man übt sich allenthalben in Besitzstandswahrung. Dabei müßte allen klar sein, daß die Erweiterung ohne Verzicht zugunsten der ärmeren mittel- und osteuropäischen Länder nicht zustande kommen wird. Die Kommission hat es in ihrer „Agenda 2000“ noch sehr zurückhaltend angedeutet, dennoch kann niemand behaupten, dies nicht frühzeitig gewußt zu haben. Doch noch blenden die 15 Länder der EU eine Diskussion darüber aus, wohl wissend, daß die Union schlecht vorbereitet auf die Erweiterung ist. Und es unterbleibt

auch eine Diskussion darüber, welches Gesicht die Europäische Union im kommenden Jahrhundert einmal haben soll. Die Öffnung nach Osten, die einmal Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakien, die drei baltischen Staaten, Slowenien, Bulgarien, Rumänien und Zypern einschließen soll, ist der größte Erweiterungsschritt, den die EU jemals unternommen hat. Statt heute 370 Millionen werden sich einmal 500 Millionen Menschen Bürger der EU nennen dürfen.

Welches politische Gewicht soll dieser Wirtschaftsblock künftig erhalten? Sind mit der jetzigen Erweiterung die Grenzen des Wachstums erreicht? Wo sollen künftig die Grenzen Europas verlaufen, und wer bleibt aus der großen europäischen Familie ausgeschlossen? Die leidige Frage, ob die Türkei Mitglied der EU werden kann oder nicht, ist nur der Auftakt zu einer sehr viel tiefer gehenden Diskussion. Denn die Diskussion darüber, welche Länder überhaupt zur EU gehören können, müßte trotz der Euphorie über die Osterweiterung eigentlich jetzt ansetzen, bevor man die Außengrenzen der Union an den Machtblock Rußland heranschiebt.